News Archiv May 2020

2020-05-28 14:46

younion-Dürrer: Endlich Unterstützung für 15.000 freischaffende KünstlerInnen

Einigung auf Künstlerfonds mit 1.000 Euro pro Monat ist gelungen

„Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Nach der Ausfallshaftung für die Filmbranche läuft jetzt auch die überfällige Unterstützung für die freischaffenden KünstlerInnen im Bereich der Sozialversicherung der Selbständigen an. Für rund 15.000 Kunstschaffende bedeutet das Hilfe in letzter Minute“, erklärte heute, Donnerstag, Thomas Dürrer, Sekretär der Sektion Musik in der Hauptgruppe VIII der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

„Der Fonds ist mit 90 Millionen gefüllt, das ist zumindest ein solider Anfang, den wir sehr begrüßen. Das bedeutet ab Juli immerhin 1.000 Euro pro Monat. Bisher haben viele durch die Finger geschaut. Diesmal erfolgt die Abhandlung hoffentlich schnell und unbürokratisch“, sagte Dürrer. Ungeklärt sei allerdings die weitere Unterstützung für all jene, die der Überbrückungsfonds nicht erfasst. Sie müssen sich weiter an den Härtefallfonds der Wirtschaftskammer sowie an den Künstlersozialversicherungsfonds wenden. Dürrer: „Ungeklärt ist noch das Paket für die großen Institutionen, die Millionen an Karteneinnahmen verloren haben. Daran werden wir mit den zuständigen Verantwortlichen noch arbeiten, weitere Gespräche werden folgen. Insgesamt sind wir jetzt endlich auf einem gangbaren Weg.“

Read more … younion-Dürrer: Endlich Unterstützung für 15.000 freischaffende KünstlerInnen

2020-05-27 20:15

younion-Dürrer: Endlich Durchbruch bei Ausfallshaftung für Filmbranche

Verhandlungen, Hintergrundgespräche und Überzeugungsarbeit haben zum Erfolg

geführt

„Es war wirklich das Bohren harter Bretter, aber es hat sich doch gelohnt. Wenn kommende Woche die österreichische Filmbranche einen hoffentlich fulminanten Neustart hinlegt, stehen 25 Millionen an Ausfallszuschüssen für sie bereit“, zeigte sich heute, Mittwoch, Thomas Dürrer und Gerhard Schedl von der Sektion Film in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft erfreut.

„Für die VertreterInnen der Beschäftigten in der Filmindustrie und die heimischen Produzenten war es besonders wichtig, dass die Ausfallszuschüsse im Anlassfall nicht zurückgezahlt werden müssen. Das hätte für die Filmbranche, die eine extreme Durststrecke hinter sich hat, eine zu hohe Belastung bedeutet und künftigen Projekten schon im Vorhinein das Genick gebrochen“, stellte Dürrer klar.

Die Ausfallzuschüsse können pro Produktion bis zu 75 Prozent der Herstellungskosten betragen. Sie können rückwirkend ab 16. März bis Ende 2021 in Anspruch genommen werden. „Es ist sehr begrüßenswert, dass auch der ORF als wichtigster Partner der heimischen Filmwirtschaft bereit ist, Mehrkosten für durch das Coronavirus verursachte Sicherheitsmaßnahmen mitzutragen. Das ist ein klares Bekenntnis zum österreichischen Film“, schloss Dürrer.

Read more … younion-Dürrer: Endlich Durchbruch bei Ausfallshaftung für Filmbranche

2020-05-27 15:38

Verfassungswidrigkeit von Blümels Budget für SPÖ erwiesen

Für die SPÖ ist nun erwiesen, dass das türkis-grüne Budget 2020 in der aktuellen Fassung verfassungswidrig ist. In einer Pressekonferenz präsentierten die Sozialdemokraten heute ein entsprechendes Gutachten von Karl Stöger, Professor für öffentliches Recht in Graz. Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) müsse nun einen Abänderungsantrag mit aktualisierten Zahlen vorlegen, so die SPÖ. Auch NEOS fühlt sich bestätigt.

Vizeklubchef Jörg Leichtfried und SPÖ-Budgetsprecher Kai Jan Krainer sind sich aufgrund des Gutachtens sicher, dass ohne Einarbeitung der echten Budgetzahlen die für die Coronavirus-Hilfsmaßnahmen nötigen Mittel ohne ausreichende rechtliche Grundlage dastehen würden. „Ein solches Budget, wie es jetzt vorgelegt wird, ist inakzeptabel“ und neben der Verfassungswidrigkeit auch „allein politisch eine Unmöglichkeit“, so Leichtfried.

Finanzministerium zitiert Experten mit anderer Meinung

Im Finanzministerium sieht man das naturgemäß anders, mehrere Fachleute wurden dafür nach vorne geschickt. So schrieb Ex-Sektionschef Manfred Claus Lödl, dass sämtliche vorgelegten Gesetzesvorschläge den haushaltsverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen entsprochen hätten.

Auch die Professoren Johannes Heinrich (Finanzrecht, Universität Klagenfurt) und Klaus Poier (Öffentliches Recht, Universität Graz) hätten keine grundsätzlichen Probleme betreffend die gesetzliche Ermächtigung zur Überschreitung des Budgets für den Covid-19-Krisenbewältigungsfonds, wurde betont.

Unabhängig von diesen Expertenmeinungen habe Blümel bereits gestern im Zuge der parlamentarischen Debatte einen Abänderungsantrag der Regierungsparteien angekündigt. Mit diesem sollen die bisherigen und zum aktuellen Stand erwartbaren Kosten im Rahmen der Pandemie verankert werden, hieß es im Finanzressort.

Read more … Verfassungswidrigkeit von Blümels Budget für SPÖ erwiesen

2020-05-27 13:49

YOUNG younion: Pflegelehre nicht als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit missbrauchen

Nur faire Bezahlung, verbesserte Ausbildung und Erleichterung der täglichen Arbeit helfen gegen Personalmangel

„Auch bei längerer Suche findet man keinen positiven Aspekt der geplanten Pflegelehre. Sie bringt 15jährige zu früh ans Krankenbett, schafft keine Abhilfe beim Mangel an Ausbildungsplätzen für zehntausende österreichische Jugendliche und behebt auch nicht den Personalmangel im Pflegebereich. Derartige Alibiaktionen sind scheinheilig und feig, die Bundesregierung drückt sich vor echten Problemlösungen“, kritisierte heute, Mittwoch, der Bundesjugendreferent der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Daniel Waidinger.

„Wirtschaftsministerin Schramböck experimentiert mit einem Modell, das nicht zielführend ist. Dabei setzt die Regierung auf Rosstäuscherei und führt immer wieder das Schweizer Modell der Pflegelehre als Beispiel an. Dass dieses System laut einer Untersuchung des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbands ÖGKV eine Drop Out Quote von 50 bis 60 Prozent produziert, wird dabei einfach totgeschwiegen“, sagte Waidinger.

Auch vor Ort in den Dienststellen stößt das Modell der Pflegelehre ab 15 nicht auf Gegenliebe. Sarah Kroboth, Referentin in der Hauptgruppe II der younion: „Wer den Personalmangel in der Pflege bekämpfen will, muss für Verbesserungen in der täglichen Arbeit, eine bessere Bezahlung und eine verbesserte Ausbildung sorgen. Ein zusätzlicher Ausbildungszweig für 15jährige, die gesetzlich nicht am Krankenbett arbeiten dürfen, bringt da überhaupt nichts. Dieser bildungspolitische Fehlschritt kann nicht

der Ernst der Ministerin sein – oder soll das der Dank für die enormen Leistungen der Pflege und ihrer Auszubildenden in den vergangenen Wochen sein?“

Falls der Regierung konkrete Ideen zur Verbesserungen im Jugendbereich fehlen, kann ihr schnell und unbürokratisch geholfen werden. Richard Tiefenbacher, Bundesjugendvorsitzender der YOUNG younion: „Wir haben als österreichische Gewerkschaftsjugend bereits ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das den Jugendlichen in unserem Land helfen würde. Wir laden Ministerin Schramböck herzlich dazu ein, sich des ExpertInnenwissens zu bedienen und das Paket umzusetzen.“

Read more … YOUNG younion: Pflegelehre nicht als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit missbrauchen

2020-05-26 10:36

younion-Meidlinger: Gemeindepaket löst Krise der Städte und Kommunen nicht

Umfang klingt im Fernsehen gut, geht aber an den realen Bedürfnissen weit vorbei

„Die Coronakrise hat die Städte und Gemeinden mit voller Wucht getroffen. Die Kommunalsteuer fällt aus, Expertinnen und Experten sprechen von einem Finanzbedarf von rund 2 Milliarden Euro allein im heurigen Jahr. Da klingt ein Paket von einer Milliarde vielleicht im Fernsehen gut. Aber an den realen Bedürfnissen geht das weit vorbei. Finanzminister Gernot Blümel hat uns enttäuscht, die Regierung muss nachbessern“, kritisierte heute, Dienstag, der Vorsitzende der younion _Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

„Die Bediensteten der Städte und Kommunen waren und sind während der Coronakrise ein Fels in der Brandung. Da reicht es nicht aus, einzelnen Gemeinden gerade noch den laufenden Betrieb zu ermöglichen. Zunächst einmal müssen ihnen ihre finanziellen Ausfälle abgegolten werden. Dann braucht es genügende Mittel für anständige Budgets, die Neuaufnahmen und gute Löhne für das Personal ermöglichen“, sagte Meidlinger.

„Wir werden außerdem genau aufpassen, dass es bei der Vergabe des Hilfspakets fair und gerecht zugeht. Hier braucht es Nachvollziehbarkeit und Transparenz und keine Unterscheidung von politisch genehmen Kommunen und solchen, wo die politischen Mehrheiten manchem vielleicht ein Dorn im Auge sind“, schloss Meidlinger.

Read more … younion-Meidlinger: Gemeindepaket löst Krise der Städte und Kommunen nicht

2020-05-25 11:41

SPÖ stellt Einsatz der Miliz in Frage

Der CoV-Einsatz der Miliz ist am Montag von Tirols SPÖ-Chef Georg Dornauer infrage gestellt worden. Das Bundesheer werde von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) „für einen türkisen PR-Gag missbraucht“. Die Ministerin bekräftigte indes die Notwendigkeit des Einsatzes.

Das Bundesheer sei seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie durchgehend mit 4.000 Mann im In- und Ausland im Einsatz. „Das Bundesheer ist so gefordert wie noch nie“, so Tanner am Rande eines Termins am Montag. Sie verwies auf die zahlreichen Assistenzeinsätze und Unterstützungsleistungen, die das Militär in den letzten Monaten absolviert hat und noch immer absolviert.

Tanner: Miliz löst Berufssoldaten ab

Die Milizsoldaten seien notwendig, um die Präsenzdiener, deren Dienst im März verlängert wurde sowie die Berufssoldaten, die seit Monaten im Einsatz sind, abzulösen. Sie sei bei einer solchen Ablöse in Tirol vor Ort gewesen und habe gesehen, wie sich die Präsenzdiener gefreut haben, dass ihr Aufschubpräsenzdienst zu Ende sei und sie abgelöst werden, sagte Tanner.

Dornauer: „Bewusstes Spielen mit der Angst“

Dornauer sieht das offenbar anders und fragte, ob der Milizeinsatz „nur der Aufrechterhaltung einer Katastropheninszenierung der Bundesregierung“ diene. Die ÖVP glaube offenbar, „sowohl das Innen- als auch das Verteidigungsressort wären Teile der türkisen Parteizentrale“. Die Miliz sei außerdem zu einem Zeitpunkt eingerückt, als „das Gröbste schon wieder vorbei“ gewesen sei, sagte er. Er ortete ein „bewusstes Spielen mit der Angst unserer Bevölkerung der türkis-grünen Bundesregierung“, indem Tanner und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) sich einer „Kriegsrhetorik“ bedienen würden.

Vorarlberg rüstet ab

In Vorarlberg scheinen die Milizsoldaten tatsächlich nicht mehr gebraucht zu werden. Der Vorarlberger Militärkommandant, Gunther Hessel, erklärte heute in den „Vorarlberger Nachrichten“, dass die Miliz im Land noch maximal drei Wochen im Einsatz sein werde. Der Abrüstungstermin stehe noch nicht fest, aber er werde binnen der kommenden drei Wochen stattfinden, sagt er. „Nach der jetzigen Faktenlage kann man davon ausgehen, dass der Einsatz in Vorarlberg Mitte Juni beendet ist.“ Er gehe davon aus, dass die Kompanie als Gesamtes abrüsten werde.

Hessel nutzte die Gelegenheit, um die Ausstattung der Miliz zu kritisieren. „Die Miliz wurde vernachlässigt. Wir haben die präsenten Kräfte und deren Ausrüstung benötigt, um die Milz überhaupt einsatzbereit zu machen. Es fehlt zum einen bei der Mannesausrüstung wie Schutzwesten, Sicherheitsholstern oder Taschenlampen. Aber es fehlt auch an Fahrzeugen und IKT-Ausstattung. Im Prinzip muss man eine präsente Kompanie verwenden, um eine Milizkompanie in Einsatz zu stellen.“

Read more … SPÖ stellt Einsatz der Miliz in Frage

2020-05-20 15:19

Volle Solidarität mit den 20.000 KollegInnen!

Wie die ungarische Nachrichtenagentur MTI (Magyar TáviratiIroda) berichtet, soll 20.000 MitarbeiterInnen im Kunst- und Kulturbereich mit 1. November 2020 der Beamtenstatus entzogen werden. Es wird, laut ungarischem Ministerium für Humanressourcen, „eine flexiblere, hinsichtlich der Veränderungen des Arbeitsmarktes anpassungsfähigere Arbeitsrechtsregelung" kommen.

Was von der Orban-Regierung nur beiläufig erwähnt wird: Auch Entlassungen sollen ab dem Stichtag wesentlich einfacher werden. Die ungarische Gewerkschaft der Kulturschaffende kündigte an, in der Angelegenheit das Verfassungsgericht anzurufen.

Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Die KollegInnen haben unsere volle Solidarität! Hier wird tatsächlich eine Krise ausgenützt, um massiv in ArbeitnehmerInnen-Rechte einzugreifen. Das ist politisch und menschlich letztklassig. Aber das passiert nicht zufällig. Die Kulturschaffenden sind die Hauptkritiker der populistischen Politik Viktor Orbáns. Sie sollen mundtot gemacht werden.“

Und weiter: „Verlieren die KollegInnen tatsächlich ihren Beamtenstatus, sehe ich leider Massenkündigungen von kritischen MitarbeiterInnen. So schnell kann man gar nicht schauen, werden die Dienste von Privatfirmen angeboten. Die drücken nicht nur die Löhne, sondern verschlechtern auch die Arbeitsbedingungen.“

Kattnig sieht den Sündenfall in Ungarn auch als Warnung für Europa: „Staats-, Landes- oder Gemeindebedienstete sind leider die ersten, die durch populistische Regierungen, die auch beste Kontakte zur Wirtschaft pflegen, unter enormen Druck geraten. Die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten sind aufgerufen genau zu schauen wohin Hilfszahlungen fließen. Unkontrollierte Systeme bedienen vor allem sich selbst und machen Kritikerinnen mundtot.“

Read more … Volle Solidarität mit den 20.000 KollegInnen!

2020-05-19 14:16

Finanzminister Blümel muss endlich aktiv werden!

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Kinderbetreuung, Rettungs- und Feuerwehrwesen, Spitalsfinanzierung, Schulerhaltung, Müllabfuhr, öffentlicher Verkehr, die Pflege älterer Menschen, soziale Dienste – die Liste der Gemeindeaufgaben ist lang. Es sind jene Staatsleistungen, die die Menschen ganz unmittelbar spüren und in ihrem Leben direkt unterstützen.

Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Diese Aufgaben sind in Gefahr, wenn Finanzminister Gernot Blümel nicht endlich die Verantwortung übernimmt. Mit der Corona-Krise gibt es in den Gemeinden und Städten immense Mehrausgaben und Einnahmeausfälle, die auch die Bediensteten und BürgerInnen immer häufiger spüren. Ich fordere daher eine rasche Unterstützung der Kommunen durch den Bund! Das *‚Koste es was es wolle'* muss auch in der Realität ankommen und darf nicht nur als Slogan bleiben".

Deutsches Paket ist 57 Milliarden Euro schwer und wird gefeiert

Meidlinger verweist dabei auf den „Kommunalen Solidarpakt 2020", den der deutsche Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) präsentiert hat. Dieses Modell sieht nicht nur den Ersatz von Einnahmeausfällen vor, sondern auch die Übernahme von Altschulden. Insgesamt ist das deutsche Paket 57 Milliarden Euro schwer – und wird in Deutschland bereits als „Meilenstein" gefeiert.

Konstruktive Arbeit, statt anpatzen

Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Der Solidarpakt setzt das um, was ExpertInnen auch auf europäischer Ebene fordern. Denn jeder Cent, der in Gemeinden investiert wird, kommt direkt bei den Menschen an. Gemeinden und Städte sind ein kräftiger Motor für die lokale und regionale Wirtschaft. Das zeigen auch viele internationale Beispiele. Wir brauchen in Europa keine Sparpolitik am Rücken der BürgerInnen, sondern einen Schutzschirm, Investition und Zugang für Städte und Gemeinden zu den EU-Fonds."

„Das muss jetzt auch in Österreich schnell gehen, denn die Kommunen brauchen Planungssicherheit. Die Bundesregierung muss endlich mit konstruktiver Arbeit beginnen, anstatt einzelne Städte mit ihren Beschäftigten anzupatzen. Jetzt ist Minister Blümel am Zug", so Christian Meidlinger abschließend.

Read more … Finanzminister Blümel muss endlich aktiv werden!

2020-05-15 09:39

younion-FSG: Akzeptanz von LGBTI-Personen stärken!

Klare Forderungen an die Politik

Laut einer Erhebung der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) sind LGBTI-Personen (Lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle) in Europa noch immer mit Angst, Gewalt und Diskriminierung konfrontiert.

„Im Ländervergleich schneidet Österreich zwar eine Spur besser ab, trotzdem ist noch sehr viel zu tun, um

die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken“, sagt Jasmin Mrzena-Merdinger von der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Die Forderungen der younion-FSG:

- ein konsequentes und nachhaltiges Schulungsprogramm
- Sensibilisierung für Führungskräfte und MitarbeiterInnen
- Schärfung der Maßnahmen bei Diskriminierungen inkl. Hilfestellung für die Betroffenen.
- eine Aktualisierung und Ausdehnung des Diskriminierungsschutzes im EU-Recht (Umsetzung der EU-Antidiskriminierungs-Richtlinien)
- verpflichtende Geschlechter-Quoten in Führungsfunktionen
- gezieltes Monitoring zur Förderung von Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt
- Förderung von Toleranz und Inklusion durch Sensibilisierungskampagnen
- Bereitstellung von Ressourcen und Fördertöpfen zur Bekämpfung von Diskriminierungen.
- Enttabuisierung für gleichgeschlechtliche Lebensformen und Transgender-Personen (LGBTIQ), mit besonderem Augenmerk auf die Bildsprache

Mrzena-Merdinger: „Die Politik muss gegen jede Form von Spaltung, Ausgrenzung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung auftreten.“

Read more … younion-FSG: Akzeptanz von LGBTI-Personen stärken!

2020-05-14 13:14

younion-FSG: Kanzler-Auftritt im Kleinwalsertal verhöhnt ArbeitnehmerInnen!

Wenn schon Ausflug, dann ins Arbeitsmarktservice

„Das Menschenbad von Bundeskanzler Sebastian Kurz im vorarlbergischen Kleinwalsertal ist eine Verhöhnung tausender ArbeitnehmerInnen in den Gemeinden und Städten! Während sie in der Krise unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen für das Weiterfunktionieren des Landes sorgen, spaziert der ÖVP-Chef lachend durch Österreich und verletzt sämtliche Regeln“, empört sich Erich Kniezanrek, Bundesgeschäftsführer der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Kniezanrek verweist auf einen Artikel des Satire-Magazins „Die Tagespresse“ vom 20. April 2020. Der Titel damals: ‚Ausnahmen bei Kultur: Performance „Fan-Wanderung mit Sebastian Kurz“ darf stattfinden‘.

Erich Kniezanrek: „Damals hat man noch darüber gelacht, jetzt hat die von der Industrie gesponserte Kurz-Inszenierung die Satire bei weitem übertroffen. Gerade der Medien- und Kulturszene bleibt das Lachen aber im Hals stecken. Sie kämpft ums Überleben. Tausende wissen nicht, wie sie in zwei Wochen die Miete bezahlen sollen, oder ob sie sich noch ausreichend Essen leisten können. Die Regierung schaut beim Verhungern nicht einmal zu, sie macht lieber Ausflüge und lässt sich von ihren Anhängern mit kleinen Fähnchen feiern.“

Die Ignoranz gießt Kurz aber auch in Zahlen. So berichten Medien vom Anstieg der Repräsentationsausgaben im Bundeskanzleramt von 270.000 Euro auf 1,2 Millionen Euro im Budgetvorschlag 2020. Kniezanrek: „Wenn Kurz schon Ausflüge machen will, dann ins Arbeitsmarktservice. Dort kann er auch versuchen diese Zahlen zu erklären."

Kniezanrek abschließend: „Die teuren BeraterInnen rund um Kurz müssen scheinbar immer mehr PR-Schminke auftragen, damit die gestylte Maske des Kanzlers glänzt. Lange wird es nicht mehr dauern, dann fällt sie komplett herunter."

Read more … younion-FSG: Kanzler-Auftritt im Kleinwalsertal verhöhnt ArbeitnehmerInnen!